

Dickes: Landes-SPD an Finanznot schuld

Vom 27.03.2010

KREIS BAD KREUZNACH (red). Als "reines Ablenkungsmanöver" hat die CDU-Landtagsabgeordnete Bettina Dickes die Behauptungen der SPD im Kreis Bad Kreuznach kritisiert, wonach das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der christlich-liberalen Bundesregierung einen finanziellen Kollaps der Städte, Gemeinden und Kreise im Land verursache. Nicht die steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung, sondern die Politik der seit zwanzig Jahren im Land regierenden SPD stürzten die Kommunen und den Kreis Bad Kreuznach in gravierende finanzielle Probleme, so Dickes.

Seit der Regierungsübernahme durch die SPD im Jahr 1991 sei den Städten, Gemeinden und Landkreisen in Rheinland-Pfalz weit über eine Milliarde Euro an Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich entzogen worden. Dies betreffe die Schulbaumittel oder auch die Personalkostenerstattung für Kindertagesstätten und die Verstaatlichung der Grunderwerbsteuer.

Die CDU-Landtagsfraktion habe sich mehrfach vergeblich für eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen eingesetzt. So habe die CDU bereits im letzten Doppelhaushalt eine Aufstockung des Kommunalen Finanzausgleichs um 80 Millionen Euro gefordert. Dies habe die SPD-Landesregierung mit ihrer absoluten Parlamentsmehrheit abgelehnt. Stattdessen seien den Kommunen vom Land neue Belastungen auferlegt worden. Zu erwähnen seien die Einführung der Realschule plus, für die beispielsweise der Landkreis Bad Kreuznach 2,1 Millionen Euro aufbringen müsse.

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz werde ein unverzichtbarer Beitrag geleistet, um wieder auf einen Wachstumspfad zu gelangen und konjunkturelle Impulse zu setzen, so Dickes. Von den damit verbundenen Steuermindereinnahmen würden die Gemeinden in Deutschland im Jahr 2010 insgesamt 0,86 Milliarden Euro tragen, der Bund hingegen 3,86 Milliarden Euro. Dickes: "Wer unreflektiert den Kollaps der Kommunen durch die Maßnahmen der Bundesregierung in die Welt setzt, verschweigt bewusst die Verursacher der Probleme und die positiven Maßnahmen der christlich-liberalen Koalition."